

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 191. Ratssitzung vom 7. Februar 2018

3754. 2017/168

Postulat der AL-Fraktion vom 07.06.2017:

Berichterstattung über die Umsetzung der personalpolitischen Ziele des Sicherheitsdepartements (Diversity Management) und über den Gleichstellungsplan der Stadtpolizei

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Walter Angst (AL) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2988/2017): Eine kleine Korrektur vorab: Es geht eigentlich nicht darum, dass der Stadtrat hier etwas zur Prüfung entgegennimmt, sondern, dass er uns in zwei Jahren einen Bericht zukommen lässt. Es ist allgemein anerkannt, dass die Zusammensetzung des Polizeikorps ein entscheidender Faktor ist für eine intelligente, verhältnismässige Polizeiarbeit, die auch die Ziele erreicht, die man erwartet. Das kommt auch im Gleichstellungsplan zum Ausdruck, in den strategischen Zielen des Departements. Zu Beginn sah es so aus, als ob man rasch zu Verbesserungen kommen würde. Mittlerweile zeigt es sich, dass es nicht so einfach ist. Die Daten, die wir in Bezug auf Zusammensetzung nach Geschlecht erhalten, sind nicht überwältigend. Die neuen Daten betreffend Stadtbewohner und Nicht-Stadtbewohner zeigten ebenfalls keine überwältigenden Resultate. Es gibt weitere Faktoren, die uns wichtig scheinen: die Zusammensetzung nach sexueller Orientierung oder die Vertretung von Personen mit Migrationshintergrund. Ein Bericht aus Bochum zeigt auf, wie befreiend und wirkungsvoll es ist, wenn auf der Strasse einer Stadt, die stark geprägt ist von Menschen mit Migrationshintergrund, Polizistinnen und Polizisten sind, die selber auch entsprechende Erfahrungen gemacht haben. Es zeigt sich bei uns, dass die Umsetzung schwieriger ist als erwartet. Es ist nicht damit getan, die Personalwerbung leicht anzupassen, bessere Werbefilme zu drehen und Frauenförderung im Betrieb zu haben. Aus diesem Grund hält es die AL-Fraktion für sinnvoll, das zentrale politische Thema für die weitere Entwicklung auch im Gemeinderat zu diskutieren. Wir sind sehr froh, wenn der Gemeinderat heute den Stadtrat beauftragt, den Bericht zu erstellen. Und zwar in einer noch etwas differenzierteren Form als das, was bisher in der Berichterstattung im Geschäftsbericht enthalten war, sowie angereichert mit Massnahmen. Es wurde sichtbar, dass das Betriebsklima, das Image, die Frage von Wohnraum gerade für Polizistinnen und Polizisten, die in der Stadt leben, sowie eine Vielzahl von weiteren Fragen entscheidend sind, um die Ziele, die man sich gesetzt hat, zu erreichen.

Derek Richter (SVP) begründet den von Peter Schick (SVP) namens der SVP-Fraktion am 21. Juni 2017 gestellten Ablehnungsantrag: Die SVP sieht keinen Nutzen in einem solchen Bericht. Sie lehnt ihn deshalb ab. Es ist kein einziger Fall bekannt, in dem eine Person wegen ihrer persönlichen Präferenz oder dergleichen bei der Stadtpolizei eine Negativerfahrung erleben musste. Es wird somit ein Bericht für ein Scheinproblem verlangt. Im Herbst 2016 gab es bei der Firma Edelweiss eine Besetzung, die ausschliess-

lich aus Frauen bestand. Das spezielle an diesem Flug war: nichts. Es war ein ganz normaler Flug. Er war pünktlich und sicher. Jene Frauen, die diesen Flug durchgeführt haben, mussten dieselben Prüfungen ablegen wie die Männer. Sie haben den gleichen Lohn, die gleichen Anforderungen, die gleichen Arbeitszeiten, unabhängig von ihrem Geschlecht oder ihrer sexuellen Präferenz. Es ist nichts Besonderes. Nun will man Quoten verlangen beziehungsweise einen unsäglichen strategischen Plan. Es wird von Zielvorgaben von 35 % gesprochen. Quoten sind der Leistungsausweis von Nichts-Könnern und Nichts-Könnerninnen. Ich frage mich, ob sich Walter Angst (AL) in einen Flieger setzen würde, von dem er weiss, dass die Besatzung ihren Job nur aufgrund von Quoten erhalten hat. Die religiöse, sexuelle und geschlechtliche Orientierung ist Privatsache. Die Stadtpolizei darf nicht zum ideologischen Spielplatz werden. Bei der Stadtpolizei stehen in erster Linie die Fähigkeit und das Können im Vordergrund. Zum Thema Migrationshintergrund: Im Südkurier November 2017 stand: «Mitglieder von schwerkriminellen arabischen Clans sollen versuchen, die Berliner Polizei zu unterwandern.» Die Basler Zeitung vom 22.4.2017 berichtete: «Der Erdogan-Spitzel bei der Basler Polizei.» Ich weiss, wie verantwortungsvolle Sicherheitspolitik aussieht: Am Montag wurde im Kantonsrat eine parlamentarische Initiative eingereicht, Kantonsrats-Nr. 36/2018, die verlangt, dass bei der Kantonspolizei keine doppelte Staatsbürgerschaft vorkommen darf. Über jede staatliche Leistung kann man sich intensiv und lange streiten. Über Polizei und Sicherheit jedoch nicht. Was die AL hier tut, ist gefährlich. Sie stellt ihre Ideologie über die Sicherheit der Bewohnerinnen und Bewohner dieser Stadt. Das lassen wir nicht zu. Es ist ein Zeichen dafür, dass die AL nicht in der Legislative und erst recht nicht in der Exekutive dieser Stadt Verantwortung für die Sicherheit tragen sollte.

Weitere Wortmeldungen:

Andreas Egli (FDP): Wir gehen davon aus, dass die AL-Fraktion Themen aus diesem Bereich mit ihrem eigenen Stadtrat bespricht, der für dieses Departement zuständig ist. Dies geschah offenbar nicht. Mit dem Postulat fordert die AL nun ihren Stadtrat dazu auf, das zu tun, was er offenbar die letzten vier Jahre nicht getan hat. Ich empfinde dies als Kritik am Stadtrat. Die Leistung in Sachen Gleichstellung war bisher suboptimal. Man kann an einen oder anderen Ort durchaus noch mehr tun. Wenn es aber so lief, dass der Stadtrat den Eindruck hatte, er könne vor den Wahlen noch ins positive Licht rücken, was er alles tue, braucht es dafür kein Postulat. Er hätte einfach seinen Job wahrnehmen und dafür sorgen können, dass ein Bericht und zukünftige Massnahmen zusammengestellt werden. Danach hätte er die geleistete Arbeit an einer Medienkonferenz vorstellen können. Die AL hat einen anderen Weg gewählt. Die FDP ist der Meinung, dass es keinen Bericht braucht. Der Stadtrat soll selber handeln, wenn er den Eindruck hat, dass ein Problem vorliegt. Das kann er auch ohne unseren Auftrag tun.

Simone Brander (SP): Die SP kommt zu einem anderen Schluss und wird das Postulat der AL unterstützen. Inhaltlich stimme ich mit einem grossen Teil des Votums von Andreas Egli (FDP) überein. Wir hätten lieber konkrete Massnahmen anstatt Berichte, in denen steht, was man alles tun könnte. Ich lese vor, was im strategischen Plan des Sicherheitsdepartements 2018 in Bezug auf den Frauenanteil steht: «Der Frauenanteil im Sicherheitsdepartement liegt in den Kaderfunktionsstufen 12 bis 18 nach wie vor deut-

lich unter der Zielvorgabe des Stadtrats von 35 %. Im August 2017 betrug er 20,4 %, im August 2016 20 %. Der prozentuale Anteil Frauen im gesamten Mitarbeiterbestand lag bei 28,4 %, im August 2016 bei 27,4 %.» Das Ziel wurde nicht erreicht. Die SP geht mit der Zielsetzung des strategischen Plans des Sicherheitsdepartements einig, dass die Polizei die Bevölkerung abbilden soll, in diesem Fall auch den Anteil an Frauen in der Bevölkerung. Wir wollen, dass die Potenziale und Vorteile von Diversity Management genutzt werden und dass sich auch der Anteil von Mitarbeitenden mit Migrationshintergrund dem Verhältnis in der Bevölkerung annähern soll. Es gibt bei der Polizeiarbeit konkrete Situationen, in denen es Frauen braucht, so etwa bei der Personenkontrolle. Es geht schon nur aus rein praktischen Gründen nicht, dass Männer alle Aufgaben bei der Stadtpolizei selber erledigen, nebst der Tatsache, dass es Sinn macht, dass in der Polizei die Zusammensetzung der Bevölkerung abgebildet wird. Ich schliesse mich der Kritik an, dass es erstaunlich ist, dass die AL ihrem eigenen Stadtrat einen solchen Auftrag geben muss. Ich erinnere mich daran, wie STR Richard Wolff in seinem ersten Wahlkampf für den Stadtrat sagte, es wäre gut, wenn man bei der Stadtpolizei auch Mitarbeitende hätte, die über keinen Schweizer Pass verfügen. Wenn er mit einer solchen Ansicht sein Amt antritt, ist es erstaunlich, dass er am Ende seiner Amtszeit nur wenige Resultate in diesem Bereich ausweisen kann. Ich wünsche mir von ihm etwas mehr Biss, wenn es um diese Themen geht.

Isabel Garcia (GLP): Wir gehen zu einem grossen Teil einig mit der Analyse der FDP, kommen aber zu einem anderen Ergebnis. Die GLP ist nicht die beste Freundin eines ausführlichen und ausufernden Berichterstattungswesens. Hier haben wir es aber mit einer anderen Situation zu tun. Wir befinden uns im Bereich von hoheitlichen Funktionen. Gerade hier ist es der GLP besonders wichtig, dass die Vielfalt unserer globalen Gesellschaft in der Stadt auch in den Sicherheitsbehörden möglichst gut abgebildet wird. Auch wir müssen immer wieder zur Kenntnis nehmen, dass dort eine gewisse Einseitigkeit vorhanden ist und bedauern dies. Durch den Bericht allein wird es nicht besser werden. Ein Bericht schafft aber Transparenz und einen gewissen positiven Anreiz für den Stadtrat, sich diesen wichtigen Themen zu widmen. Wir haben es mit einem sehr sensiblen Bereich zu tun. Gerade dort ist es wichtig, dass eine Vielfalt an Personen tätig ist, damit diese die Vielfalt der Problemstellungen, die sie täglich antreffen, möglichst gut lösen können. Daran glauben wir. Deshalb stimmen wir ausnahmsweise einer Forderung nach einem Bericht zu.

Andreas Kirstein (AL): Mich rührt die Fürsorge, die Andreas Egli (FDP) bezüglich unseres Verhältnisses zu unserem Stadtrat an den Tag legt. Ich kann ihn beruhigen: Wir sprechen regelmässig mit unserem Stadtrat, unter anderem auch über die Themen, die im Postulat vorkommen. Es ist aber aus meiner Sicht ein spezielles Verständnis von Demokratie, dass offensichtlich die Vorstellung existiert, dass man, wenn man ein Anliegen hat, sich an seinen Stadtrat wendet, bei dem man auf dem kleinen Dienstweg Bestellungen abgeben kann und damit hat sich das Thema erledigt. Wenn man hin und wieder einen kleinen Bericht haben möchte, mag das funktionieren. Im Postulat wird aber nicht nur ein Bericht verlangt. Es werden explizit Massnahmen verlangt. Natürlich ist mit dem Wunsch auch eine klare Kritik am bisherigen Fortschritt in diesem Bereich erkennbar. Das ist unsere Aufgabe als gewählte Vertreterinnen und Vertreter dieses

Parlaments. Auch die AL hat ihren Wählerinnen und Wählern das eine oder andere versprochen, unter anderem eine andere Polizei. Daran arbeitet STR Richard Wolff. Daran arbeitet die AL-Fraktion in verschiedenen Bündnissen. Das ist auch der Grund, weshalb wir uns erlauben, auch zu Themen, die unseren Stadtrat betreffen, entsprechende Postulate einzureichen. Den Verweis auf den Kantonsrat und den entsprechenden Vorstoss halte ich für sehr problematisch. Dieser Vorstoss schafft Bürger zweiter Klasse. Ich bin zum Beispiel Schweizer und deutscher Staatsbürger. Ein Vorstoss wie dieser würde verhindern, dass ich in den Polizeidienst eintreten könnte. Das ist ein schöner Beweis dafür, in welche Richtung es auf keinen Fall gehen darf.

Dr. David García Nuñez (AL): *Der Begriff Diversity wurde heute wieder einmal von Rechts verunglimpft und lächerlich gemacht. Ich habe es bereits in der Budgetdebatte erwähnt: Dies entspricht einer strukturellen Stigmatisierung von Minderheiten. Diese äussert sich auch beim Vorschlag, der im Kantonsrat eingereicht wurde. Es ist unwürdig für ein Parlament, dass man über etwas derart Wichtiges derart desinformiert ist. Diversity ist nicht ein Gegenstand von Seminaren oder Gleichstellungsbüros. Ich erlaube mir, einen Text der Hochschule St. Gallen zu zitieren: «Diversity wird zunehmend als strategisch relevantes Thema wahrgenommen. Es hat den Sprung in die Geschäftsleitungsetagen und Verwaltungsräte in vielen grossen Unternehmen geschafft und wird Top-down unterstützt. Der Hauptfokus liegt in der Schweiz sehr häufig auf der Gleichstellung von Frauen und Männern, die Zusammenarbeit von verschiedenen Kulturen und Generationen ist noch nicht überall Priorität. Eine Herausforderung bleiben klare, für uns kräfteverbindliche Ziele und deren konsequente Umsetzung sowie eine Veränderung hin zu einer Unternehmenskultur, die Diversität wertschätzt. In einem Arbeitsmarkt, in dem gute Fach- und Führungskräfte knapp sind, ist ein Image als moderne und attraktive Arbeitgeberin zentral. Unternehmen, die hier führend sind, haben einen Wettbewerbsvorteil.» Ich fasse zusammen: Offenbar sind auch die Herren und Damen in St. Gallen der Ansicht, dass es wichtig ist, dass Diversity Management stattfindet. Es ist zentral, dass der Begriff breit gedacht wird und sich nicht nur auf Frauen und Männer beschränkt. Es ist ein mittel- bis langfristiges Projekt. Man kann es nicht innerhalb von sechs bis zwölf Monaten auf die Reihe bringen. Es stellt sich wohl jetzt für einige die Frage, ob es eine staatliche Aufgabe ist oder nicht. Ich habe bei der Hochschule Luzern eine Studie gefunden, in der 37 Unternehmen zu ihrem Diversity Management befragt wurden. Auf Platz 1 befand sich die Credit Suisse, auf Platz 2 die Axa Winterthur und erst auf Platz 3 eine öffentliche Institution wie das Paul-Scherrer-Institut. Das Sicherheitsdepartement ist hier nicht tonangebend. Es kommt eher spät zu dieser Diversity-Party. Andere Dienstabteilungen und Departemente sind allerdings noch später dran. Ich hoffe, dass dieses Beispiel Vorreiter sein wird für viele andere.*

Das Postulat wird mit 71 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

5 / 5

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat